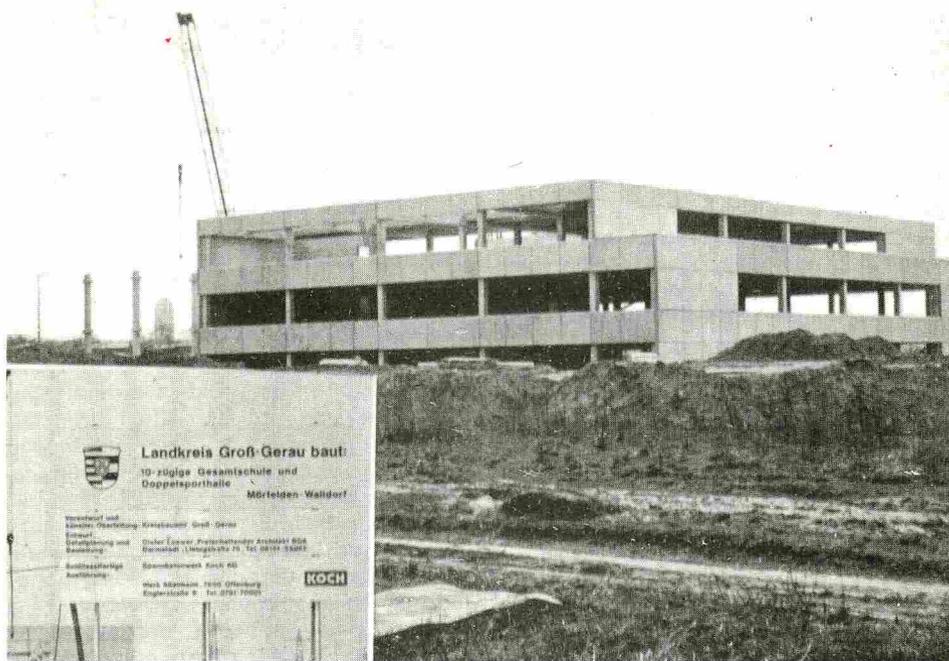


Informationen der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

blick punkt

Nr. 9 – April 1971



Es steht nun fest, ab 1. September wird die Gesamtschule für Mörfelden pünktuell eingeführt. Nach den Verlautbarungen der Verantwortlichen für die Bauausführung ist mit einem termingerechten Bezug der Schule zu rechnen. Die Schülerinnen und Schüler der jetzigen Klasse 4 bilden damit die erste Förderstufeneinheit. Man sollte trotz aller Unkenrufe und aller noch offenstehenden Fragen bezüglich finanzieller Mittel für den weiteren Ausbau, Lehrermangel usw., das Ja der Schulbehörde zur Einführung der Förderstufe begrüßen. Eine weitere Elternversammlung der Klassen 4, vielleicht kurz vor der Umschulung, wäre angebracht. Es sind doch noch, und man merkt es genau, wenn man mit den Eltern über dieses Thema spricht, eine ganze Reihe von Fragen offen. Wir werden deshalb auch versuchen, in unserem nächsten „Blickpunkt“ ein ausführliches Interview mit einem der maßgebenden Pädagogen aus dem Kreisschulamt zu bringen.

Gedanken zum 1. Mai

Allgemeines:

Durch irgendwelche Ereignisse wie Erbe, familiäre Besserstellung, Ausbildungsvorteil, günstigere Lebensumstände kamen Menschen in die Position, in denen es ihnen möglich war, andere Menschen zu beschäftigen und sich ihre Arbeit — abzüglich der Entlohnung — anzueignen. So schildert auch Professor von Nell-Breuning in der „Fabel zur Mitbestimmung“ Robinson, der nebst einem Taschenmesser auch die Intelligenz, die schonmesser auch die Ausbildung, die Erfahrung und das Erlebnis einer zivilisierten Welt auf die Insel rettet. Freitag, d. h. dies alles nicht besitzt, hat deshalb gar keine andere Wahl als sich Robinson als Untertan anzuschließen. Seine Alternative heißt: Allein in Not, Elend und Gefahr leben oder Untertan sein und materielle Besserstellung.

Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik

Versuchen wir diese Fabel auf unsere heutige Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg umzulegen. Nach dem Inferno dieses verheerenden Krieges, der Deutschland zur bedingungslosen Kapitulation zwang, sprach und spricht man von der Stunde Null. Untersuchen wir diesen Anspruch, so müssen wir feststellen, daß diese Null nicht gleich war für die bisherigen Besitzenden und die bis dahin abhängig Arbeitenden. Wir kommen zu dem Schluß, daß die erste Gruppe im ungünstigsten Falle doch Teile ihres Vermögens, sei es in Form von Fabriken, Häusern, Wertpapieren oder Grundbe-

sitz, in die Stunde Null hinüberretteten. Zu allem kam noch die sie begünstigenden Gesetze, Verordnungen etc., die ebenfalls von der neuen Gesellschaft zum großen Teil übernommen wurden.

So können wir feststellen, daß der Ausbeutungsgrad von 1945 bis 1948, dem Jahr der Inflation, sehr hoch war. (Die Arbeit wurde mit der wertlosen Reichsmark bezahlt, die Produkte zum großen Teil gehortet und erst nach der Währungsreform auf den Markt gebracht.) Die ungleiche Vermögensverteilung hatte begonnen. Dieser Zustand wurde zwar von der Arbeiterschaft erkannt und bekämpft. In den Gesetzen zur Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum in Hessen und Nordrhein-Westfalen, in den Parteiprogrammen der SPD und CDU schlug sich diese Erkenntnis und die Forderung nach demokratischer Umgestaltung nieder. Teils durch die Besatzungsmächte im westlichen Deutschland, teils durch die heuchlerische, demagogische Politik der genannten Parteien wurde die Verwirklichung dieses von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes getragenen Gesetzes verhindert.

Die Verhältnisse 1971 real einzuschätzen bedeutet, die fortschreitende ungleiche Vermögensverteilung sehen. Auf der einen Seite steht eine sich ständig verkleinernde Schicht von Produktionsmittelbesitzern auf der anderen Seite eine Mehrheit von besitzlosen abhängig Arbeitenden. Der Kapitalismus ist zum Staatsmonopolkapitalismus (d. h. Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem Gesamt-

mechanismus im Interesse des Profits, der Machterhaltung und -ausweitung, sowie der äußeren Expansion des Großkapitals; weitere Konzentration und Zentralisierung des Kapitals in immer weniger



„Stellen Sie sich vor: unser schönes, neues Argument ist verschwunden!“

Hände. Der Staat wird zu einer immer stärkeren ökonomischen Kraft, er reguliert und steuert die Finanz- und Konjunkturpolitik, einen großen Teil der Investitionstätigkeit, die Entwicklung entscheidender Gebiete der Wirtschaft und Forschung zu Gunsten der Großindustrie und Großbanken) geworden. Hier muß man feststellen, daß dieses Gesellschaftssystem den wachsenden Bedürfnissen der Gesellschaft nicht gerecht wird. Wie anders soll man sich den Bildungsnotstand, Wohnungsmisere, Mangel an Umweltschutz, Verkehrsprobleme etc. erklären?

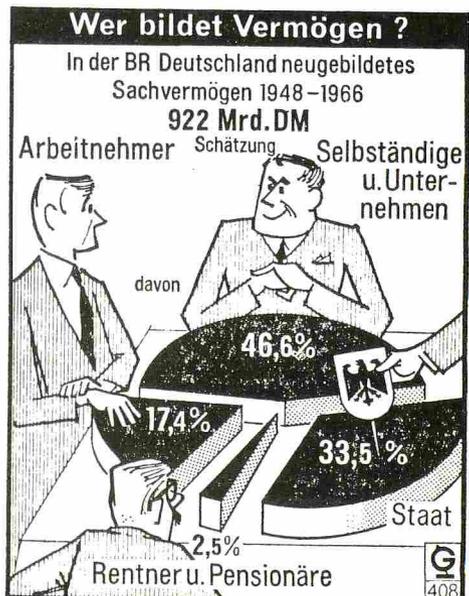
Mitbestimmung zur Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse

Innerhalb des DGB und darüber hinaus in den Parteien wird die Diskussion geführt, die eine Neuverteilung der Vermögen bringen soll. Dabei muß man unterscheiden zwischen Kräften, die eine Reform dieses Systems und damit eine Festigung der bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse anstreben, und Kräften, die eine wirkliche Umverteilung des Kapitals und Aufhebung der Privilegien der Besitzenden fordern. Ziel eines nicht als sozialpartnerschaftliches Eingliederungsinstrument, sondern als Hebel demokratischer und gesellschaftspolitischer Veränderungen verstandenen Mitbestimmung

ist es, den Einfluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten und ihrer Gewerkschaften in allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zu erhöhen und, wie es das Grundsatzzprogramm des DGB fordert, eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten. So kann die Mitbestimmung dazu dienen, die soziale und gesellschaftliche Stellung der abhängig Arbeitenden in der Bundesrepublik grundlegend zu verbessern, Arbeitsplätze zu sichern und zu gewährleisten, daß die von den Beschäftigten geschaffenen Werte in stärkerem Maße ihnen selbst zugute kommen. Eine wirksame Mitbestimmung muß auf allen Ebenen des Wirtschaftsgeschehens ausgedehnt sein; vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unternehmen bis zur Mitentscheidung in der staatlichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik reichen. Erst in einem solchen Gesamtsystem ist effektive Mitbestimmung überhaupt möglich.

**Wer die Demokratie will,
muß die Mitbestimmung bejahen!**

Rudolf Dötsch



Die Sache mit dem Artikel 41

In der letzten Ausgabe des „Blickpunktes“ wiesen wir auf eine Entscheidung der hessischen Bevölkerung hin, die weittragende Auswirkungen hätte haben können, wenn sie verwirklicht worden wäre. Wir meinen die Volksabstimmung vom 1. Dezember 1946 über den Artikel 41 der Hessischen Verfassung.

Um was ging es dabei?

Die Väter der Hessischen Verfassung, Sozialdemokraten, Kommunisten und sozial eingestellte christliche Politiker, gingen damals von den Lehren der jüngsten Geschichte aus. Sie besagten: Man darf es nicht noch einmal zulassen, daß wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Die Großindustrie und die Großbanken, also die Großkapitalisten, sollten nicht noch einmal die Möglichkeit erhalten, einen neuen Hitler an die Macht zu bringen oder solche Parteien und Gruppen finanziell zu fördern, die bereit wären, für die Bewahrung der Privilegien einer kleinen Schicht die demokratischen Rechte der Bevölkerungsmehrheit zu beseitigen.

Deshalb erarbeitete man den Artikel 41 der Hessischen Verfassung, der vorsah, folgende Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen:

1. Bergbau (Kohlen, Kali, Erze),
2. Betriebe der Eisen- und Stahlherzeugung,
3. Betriebe der Energiewirtschaft,
4. Das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen.

Gleichzeitig bestimmte Absatz 2 des Artikels 41, daß Großbanken und Versicherungsunternehmen vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet werden.

Wie ist es heute?

Von diesem gesamten Verfassungsartikel wurde in der Folgezeit nicht ein einziger Buchstabe verwirklicht. Heute sind diejenigen, deren wirtschaftliches

Eigentum in Gemeineigentum überführt werden sollte, reicher und mächtiger denn je zuvor. Heute üben diese Herren, ob es sich um Flick, Abs, Krupp oder um Oetker, Horten und andere Konzern- und Bankbosse handelt, ihre Herrschaft über die Bundesrepublik unumschränkter aus denn je. Heute mißbrauchen diese Herrschaften wiederum ihre wirtschaftliche Macht für politische Zwecke. Sie haben nicht nur die neo-nazistische NPD finanziert, sondern auch schnell das Pferd gewechselt, als sich diese Partei als nicht mehr zugkräftig genug erwies. Nun fließen die Gelder in solch dunkle Kanäle der terroristischen „Aktion Widerstand“ oder in die Taschen ehemaliger FDP-Abgeordneter, um sie zur Gründung neuer Gruppen wie „NLA“ zu veranlassen, die wiederum die SPD/FDP-Regierung unter Druck setzen soll.

Vor allen Dingen aber werden vom Großkapital solche Leute wie Strauß in Bayern und der CDU-Vorsitzende in Hessen, Dregger, unterstützt. Diese führen dann auch brav die Befehle des Rüstungskapitals aus und hetzen gegen die Verträge mit Moskau und Warschau, um zu verhindern, daß ihren Aggressionsabsichten ein Riegel vorgeschoben wird.

Und schließlich sitzen in der heutigen Regierung bereits solche Leute des Großkapitals, wie der Konzernvertreter Mommssen vom Thyssen-Konzern, der heute Staatssekretär in Helmut Schmidts Verteidigungsministerium ist. Hier wird deutlich, warum auch unter der SPD-Regierung nicht abgerüstet wird. Nicht etwa, weil eine sowjetische Bedrohung besteht, sondern weil das Großkapital

eben auch hier seinen Willen durchsetzt, weil es an der Rüstung profitiert und mit der Rüstung gleichzeitig ein Mittel in der Hand hat, um eine aggressive Außenpolitik zu betreiben.

Warum ist das so?

Dieselben Leute, die heute ihre Privilegien-Herrschaft als Demokratie bezeichnen, haben die Restaurierung ihrer Herrschaft einzig und allein einem diktatorischen Bruch demokratischer Spielregeln zu verdanken.

Für den Artikel 41 stimmte am 1. Dezember 1946 eine eindeutige Mehrheit, 71,9 % der hessischen Wähler, nämlich 1 081 124, dagegen stimmten 422 159. Auch in Mörfelden war das Ergebnis eindeutig: für den Artikel 41 stimmten 2 344, dagegen lediglich 353.

War schon diese gesonderte Abstimmung über einen Artikel der Verfassung auf Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht zustande gekommen, weil diese sich erhoffte, daß, wenn schon keine Mehrheit gegen die gesamte Hessische Verfassung, so doch wenigstens eine gegen den „Sozialisierungsartikel“ möglich sei, so begann nach der Volksabstimmung die Dollar-Demokratie der US-Besatzungsmacht noch tollere Kapriolen zu schlagen. Die Amerikaner erteilten den Befehl, daß der Artikel 41 nicht zu verwirklichen sei. Sie erteilten weiter den Befehl, daß die KPD-Minister aus der Regierung zu entlassen seien, obwohl die KPD bei den gerade stattgefundenen Wahlen 3 Sitze hinzu-

gewonnen hatte und mit der SPD (38 Sitze) eine absolute Mehrheit von 48 Mandaten bei insgesamt 90 Landtagsabgeordneten hätte herstellen können. Statt dessen ging die SPD auf Befehl der Amerikaner mit der CDU – und mithin verantwortlich für die Verwirklichung des Artikels 41 – wurde ausgerechnet ein Herr Koch, der bis Kriegsende Prokurist des Flick-Konzerns war. Und Buderus in Wetzlar gehörte zu den Betrieben, die in Gemeineigentum überführt werden sollten. Und Buderus gehörte zum Flick-Konzern . . . So wurde das gemacht!

Berichtigung

In der letzten Ausgabe hatte uns der Druckfehlerteufel „unterwandert“. Auf Seite 4 schrieb er in einer Zwischenüberschrift statt Sozialisierung Sozialversicherung. Richtig muß es also heißen: Über 92 % der Mörfelder Bevölkerung sprachen sich bei der Volksabstimmung 1946 über den Paragraphen 41 der Hessischen Verfassung für die Sozialisierung der Grundstoffindustrien aus.

DKP *intern*

Am 17.3.71 fand im Bürgerhaus die diesjährige Jahreshauptversammlung der DKP-Ortsgruppe Mörfelden statt. Unser bisheriger Vorsitzender Gerhard Küchler gab zur Einleitung einen kritischen Rückblick über die politische Arbeit im abgelaufenen Jahr und zählte die Aktionen, Versammlungen und Seminare auf, die zusammen mit dem Wahlkampf unsere Tätigkeit im letzten Jahr prägten. Er betonte, daß die Zeit der Konstituierung und des Neubeginns vorüber sei und eine neue Phase der Profilierung, des stärkeren Hervortretens beginne. Es müsse in Zukunft noch stärker und zielstrebig an die Aufgaben herangegangen werden.

In geheimer Wahl wurde als neuer 1. Vorsitzender Rudolf Dötsch gewählt. G. Küchler hatte wegen zwingender Gründe nicht mehr kandidiert. Der neue Vorsitzende kündigte an, nun Prioritäten bei der Kommunal- und Jugendarbeit zu setzen. Die politische Weiterbildung dürfe ebenfalls nicht versäumt werden. „Wer die Theorie beherrscht, wird auch die Tagesfragen meistern“, war sein Tenor. Seine bisherige Funktion als Schriftführer gab R. Dötsch an Gen. Sophie Haag ab. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden in ihrem Amt bestätigt.

SDO KOMMUNAL

Hier berichten wir regelmäßig über wichtige Ereignisse im Mörfelder Stadtparlament und über die Arbeit der SDO-Fraktion.

Erklärung der SDO zum Haushalt 1971

Wie in den zurückliegenden Jahren hat die SDO bei der Haushaltsplanberatung eigene Vorstellungen und Gedanken zum Ausdruck gebracht. Es wurde begrüßt, daß eine Reihe SDO-Anregungen berücksichtigt wurden.

In der Erklärung heißt es weiter:

„Mit Befriedigung haben wir festgestellt, daß an eine Erhöhung der Müll-, Kanal- und Wassergebühren sowie der Friedhofsgebühren im Rechnungsjahr 1971 nicht gedacht ist. Alle Gebührensätze bleiben unverändert.

Außerdem freut es nicht nur uns, sondern auch alle, die hier in dieser Stadt dem Sport verbunden sind, daß die Zuwendung für die örtlichen Vereine von DM 7.500,- auf DM 10.000,- aufgestockt wurden und darüber hinaus DM 300.000,- im ordentlichen Haushalt für den Neubau und Erweiterungsbau von Sportanlagen bereitgestellt wurden. Mit der Bereitstellung der Mittel zur Beheizung des Mörfelder Waldschwimmbades und der Aufnahme eines Anspardarlehn für das geplante Hallenbad

gehen zwei weitere Wünsche der SDO in Erfüllung. Daß auch dieses Jahr einige Anschaffungen gemeinsam mit der Stadt Walldorf durchgeführt werden sollen, halten wir im Hinblick auf die kommende Fusion beider Städte für absolut richtig. Wenn auch eine ganze Reihe unserer Wünsche und Vorstellungen verwirklicht werden, wozu wir auch den Bau des zweiten städtischen Kindergartens zählen, kommen wir nicht umhin, vorausschauend auf die nächsten Jahre Bedenken zu äußern. Nur die äußerst günstige Finanzsituation 1969 hat es ermöglicht, den Haushaltsplan 1971 in dieser Höhe aufzustellen, wobei aber anzumerken ist, daß durch den Rückgang der Schlüsselzuweisungen die Ausgleichsrücklage von DM 160.000,- in Anspruch genommen werden mußte, um den Haushalt 1971 auszugleichen.

Es ist sichtbar geworden, daß die Hoffnungen der Kommunen im Hinblick auf die Finanzreform sich nicht erfüllt haben und auch wir werden die Auswirkungen in den nächsten Jahren verspüren. Schon dieses Jahr beträgt die Höhe der Umlagen an Kreis und Land DM 1,5 Millionen. Die Finanzkraft der Städte und Gemeinden sinkt immer weiter ab. Um die notwendigen Vorhaben zu realisieren, geht man den Weg des geringsten Widerstandes und greift zu unpopulären Maßnahmen, wie Mieterhöhung, Verkauf von wertvollem Gelände im Stadtkern an Banken und Kaufhäuser sowie Anlagen von Kiesgruben in wertvollem Waldgelände.

Wir sind der Meinung, daß die Finanzmisere von den Kommunen dem Bund gegenüber nicht widerspruchslos hingenommen werden sollte.“

Bemängelt wurde noch, daß für zwei wichtige Vorhaben, wie das Ärztehaus und das Jugendzentrum keine Rücklagen vorgesehen sind.

Der Haushaltsplan wurde auch mit den Stimmen der SDO-Fraktion einstimmig verabschiedet.

30 000 DM

für neue Straßenschilder

Verursacht durch die neue Straßenverkehrsordnung, muß die Stadt Mörfelden im Jahr '71 30.000,- DM für neue Straßenschilder aufbringen. In der Stadtverordnetenversammlung, in der der Haushaltsplan verabschiedet wurde, stellte die SDO einen Antrag folgenden Inhalts:

„Der Magistrat wird beauftragt, die im Einzelplan 6 des Haushaltsplanes 1971 eingesetzten 30.000,- DM für eine Neubeschilderung der Ortsstraßen beim Bundesverkehrsministerium zurückzufordern.“

Als Begründung wurde das Grundgesetz zitiert. Dort heißt es unter Artikel 106 Ziffer 8, daß der Bund die Kosten zu tragen hat, wenn er in Ländern

und Gemeinden besondere Einrichtungen veranlaßt.

Leider stimmten die übrigen Parteien gegen diesen Antrag.

1971/72 Rodel-

und Eisbahn in Mörfelden

Es hört sich fast an wie ein verspäteter Aprilscherz, jetzt zum 1. Mai über Wintersport zu schreiben, aber wir wissen, daß sich die Mörfelder Kinder und Jugendlichen darüber freuen, wenn wir ihnen mitteilen, daß die Bemühungen der SDO-Fraktion Erfolg hatten.

Aufgrund unserer Forderungen wurden in dem, im März dieses Jahres von den Stadtverordneten verabschiedeten, Sportentwicklungsplan für Mörfelden, der Bau von Eis- und Rodelbahnen vorgeesehen.

Jetzt gilt es darauf zu achten, daß bis zum Winter die Anlagen fertiggestellt sind.

Vogel-Strauß-Politik

Aufgrund einer SDO-Anfrage teilte Bürgermeister Bachmann mit, daß vom Magistrat die Städte Walldorf, Langen und Egelsbach angeschrieben wurden mit der Bitte, sich der Forderung der Mörfelder Stadtverordneten zur Auflösung des amerikanischen Munitionsdepots, anzuschließen. Bis jetzt hat nur die Stadt Langen geantwortet und Unterlagen zur näheren Begründung eines solchen Antrages gewünscht.

Sollten sich die verantwortlichen Gremien in den drei genannten Städten immer noch nicht über die Bedeutung unseres Anliegens im klaren sein?

Die Mörfelder Stadtverordneten benötigen keine weiteren Unterlagen. Sie sehen allein im Vorhandensein derartiger Depots in einem Ballungsraum

wie dem unsrigen, eine akute Gefahr für die Bevölkerung. Wenn den Herren aus Walldorf, Langen und Egelsbach die Bemühungen und Nachforschungen der Mörfelder SDO nicht genügen, sollen sie sich ruhig selbst bei deutschen und amerikanischen Stellen erkundigen. Diesen Schritt können wir nur empfehlen.

Aber nichts tun, bedeutet vor der Gefahr den Kopf in den Sand stecken.

Der erste Schritt

zum Jugendzentrum

Eine weitere Meldung wird die Jugend sehr interessieren.

Ab sofort hat auch Mörfeldens nichtorganisierte Jugend die Möglichkeit, sich zweimal wöchentlich zwanglos im Bürgerhaus zu treffen, und zwar mittwochs ab 17 Uhr und samstags ab 16 Uhr.

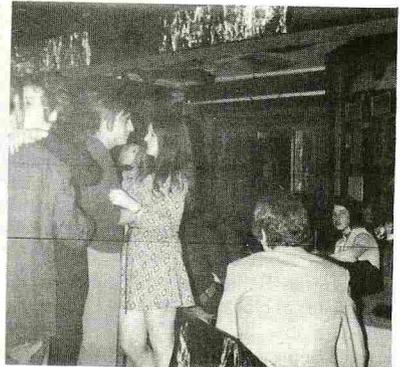
Dies ist unseres Erachtens der erste Schritt zu einem täglich geöffneten Jugendzentrum.

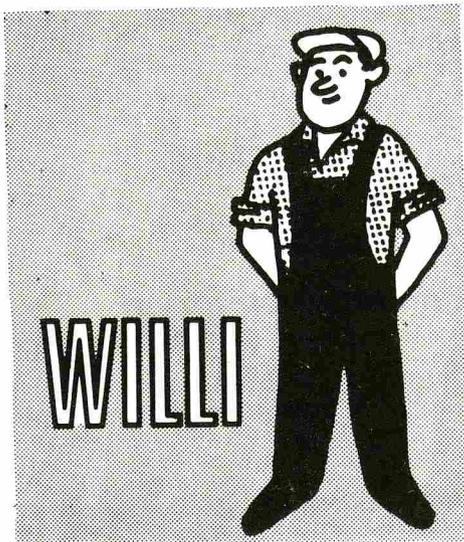
Bereits in früheren Ausgaben des „blickpunkt“ behandelten wir das Thema und forderten ebenso in einer Eingabe an den Magistrat, bis zum Bau von Jugendräumen, im Bürgerhaus eine Übergangslösung zu ermöglichen. Auch diese SDO-Forderung hat nun zum Erfolg geführt.

Die Stadt muß nun in Verbindung mit dem Stadtjugendring dafür sorgen, daß diese Zusammenkünfte den Jugendlichen etwas bieten und zur Zufriedenheit aller verlaufen.

Diese im Bürgerhaus geschaffene Übergangslösung kann uns jedoch auf keinen Fall davon abhalten, für die Jugend geeignete Räume zu fordern.

Die SDO-Fraktion hat bereits in einer Ausschußsitzung vorgeschlagen, auf dem Forstamtsgelände eine solche Einrichtung einzuplanen. Inzwischen wurden von Heinz Hechler (SDO) und einigen Mörfelder Jugendlichen verschiedene Jugendhäuser und Jugendcafes besichtigt. (Siehe unser Bild)





Schöne Wanderwege

Die Stadt hat einiges Geld investiert für bessere Wanderwege. Die Tatsache ist wert, erwähnt zu werden und ein Lob auszusprechen. Wir wohnen zwar in einer flachen, aber wegen des Waldes recht reizvollen Gegend. Gute Wanderwege gehören dazu. Um sich besser auf den Wanderwegen auszukennen, um sich die Wanderstrecke auszuwählen, wäre es sicher sinnvoll, am Waldrand Tafeln mit farbiger Wanderwegaufzeichnung aufzustellen und die Wege entsprechend zu markieren. Ebenfalls könnte man einen Lehrpfad einrichten, der Kindern und Erwachsenen deutlich macht, wie die verschiedenen Bäume und Sträucher aussehen, meint

„Gemütlicher Theaterabend“

Vor drei Wochen gönnten meine Frau und ich uns einen Theaterabend im Mörfelder Bürgerhaus. Einmal im Jahr kann man sich ja die 22.- DM für die Eintrittskarten leisten. Uns hat es gefallen. Nur schade, daß die Akustik so schlecht ist. Man hätte seinerzeit beim Umbau darauf achten sollen. Ab der zehnten Reihe hört man schlecht. Na ja, vielleicht geht es nicht anders.

Was uns aber dann doch ein bißchen verärgerte, war die Bürgerhausgaststätte. Nach der Vorstellung strömten wir mit einer ganzen Anzahl von Theater-

gästen in das Restaurant. Es gelüstete uns nach einem kleinen Imbiß und einem guten Tropfen, bei dem man nach solch einem Abend gerne noch etwas verweilt.

Fehlzanzeige! Erstens war die Mörfelder Stube geschlossen und demnach das Restaurant überfüllt und zweitens für alle Gäste nur ein Kellner da. Daß der alleine nicht zurecht kam, war klar. So saßen wir dann dicht gedrängt, und an Essen war der Enge wegen nicht zu denken. Wir verließen schließlich, nachdem wir ewig lange auf unsere Getränke warten mußten, verärgert das Lokal. Schade, daß der Abend mit so einem Mißton endete. Man müßte dem Pächter zur Auflage machen, an solchen Tagen für genügend Personal zu sorgen, euer

Auch das noch!

Die im Rhein-Main-Gebiet stationierten amerikanischen Truppen übten bisher an der Gehspitz im Frankfurter Stadtwald. Dort hatten sie ihr Manövergebiet. Die Frankfurter beschwerten sich darüber und hatten damit auch endlich Erfolg. Das Manövergebiet wird verlegt. Und zwar in den Gemeindewald von Trebur, direkt an das geplante Naherholungszentrum Kiesgrube Sehring. Dies ist ein Gemeinschaftsprojekt der Gemeinden bzw. Städte Langen und Egelsbach. Indirekt wären von dieser Übungsplatzverlegung auch die Städte Walldorf und Mörfelden betroffen.

Ist es schon untragbar, mit Atomsprenköpfen und gefährlichsten Giftgasen vor der Haustür zu leben (man denke an das US-Depot im Mörfelder Oberwald), wird uns nun auch noch zugemutet, das Geknalle, Panzerbrummen und was so ein Manövergelände sonst noch an Lärm und Verpestung der Luft mit sich bringt, zu ertragen. Sind wir denn Menschen zweiter Kategorie? Oder glaubt man, wo schon Krach ist (Fluglärm) kommt es auf etwas mehr oder weniger nicht an?

Unsere „Beschützer“ sollen doch ihre „Kriegsspielen“ dort austragen, wo sich geeignetes Gelände anbietet und nicht in dicht besiedelten Gebieten, in denen Menschen wohnen, die genau das gleiche Recht auf Ruhe und Erholung für sich in Anspruch nehmen, wie es die Frankfurter Bürger tun.

Man kann nur hoffen, daß unsere Stadtväter so vernünftig sind und sich schnellstens mit den betroffenen Städten und Gemeinden zu einer Aktionsgemeinschaft zusammenschließen und sich energisch gegen dieses Vorhaben wehren, meint

Das wär's für heute – auf neue Vorschläge und Kritik wartet wie immer

Willi

Jahr der arbeitenden Jugend

Es gibt in der letzten Zeit kein Thema, das bei Diskussionen von jungen Arbeitern und Lehrlingen mehr besprochen wird als die Problematik der Berufsausbildung. Einig sind sich fast alle: die Ausbildung der Lehrlinge in der Bundesrepublik ist dringend reformbedürftig. Und weil über dieses Thema heiß diskutiert wird, sieht man immer mehr Jugendorganisationen, die plötzlich ihr Herz für die Arbeiterjugend entdecken. Da spielt sich zum Beispiel die Junge Union zum Schutzpatron der Lehrlinge auf, indem sie einen Kongreß über die Berufsausbildung veranstaltet und feststellt, daß die Ausbildung verbesserungswürdig ist. Als ob die CDU nicht zwanzig Jahre Zeit gehabt hätte, sie zu verbessern.

Die Arbeiterjugend weiß sehr genau, was sie von „Jugendschützern“ wie der Jungen Union zu halten hat. Deshalb hat sie sich selbst um ihre eigenen Interessen gekümmert. Seit mehr als zwei Jahren, also seit es die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) gibt, existiert in der Bundesrepublik kein Großbetrieb mehr, in dem nicht die Lehrlinge aktiv für die Veränderung der Mißstände in der Ausbildung in ihrem Betrieb gekämpft haben. Es existiert keine größere Stadt, in der nicht Aktionen und Demonstrationen gegen die schlechte Ausbildung durchgeführt worden sind. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß es die SDAJ war, die den Anstoß gegeben hat zu den Kampagnen der anderen Jugendverbände und auch der Gewerkschaftsjugend. Folgen oder Erfolge dieser Kampagnen waren bis jetzt das „neue“ Berufsausbildungsgesetz, das nahezu überhaupt keine Verbesserungen für die Lehrlinge gebracht hat, und die Tatsache, daß auch der DGB erkannt hat, daß es mit der Lehrlingsausbildung so nicht weitergehen kann. Er hat das Jahr '71 zum Jahr des Jungen Arbeiters erklärt.

Die schlimmsten Zustände herrschen in Klein- und Mittelbetrieben. In solchen Betrieben werden die Lehrlinge nahezu überwiegend zu berufsfremden Arbeiten herangezogen. Hier gilt der Satz „brauchst du einen billigen Arbeitsmann, schaff dir einen Lehrling an“, in seiner ganzen Bedeutung.

Oft kommen kleinere Handwerksbetriebe ohne Lehrlinge, die sie ausbeuten, gar nicht aus. In der kapitalistischen Wirtschaft gilt das Gesetz: die Großen fressen die Kleinen. Die Mißstände in diesen Betrieben sind eigentlich nicht zu beseitigen,

ohne den Handwerkern einen schweren wirtschaftlichen Schlag zu versetzen, der sie an die Grenze ihrer Existenz zwingt. Trotzdem muß die Forderung erhoben werden nach der Verlegung der Lehrlingsausbildung in überbetriebliche Lehrwerkstätten, die, von den Betrieben (vor allem Großbetriebe) finanziert, von pädagogisch geschulten Ausbildern und Lehrern betrieben und von den Gewerkschaften, den Eltern und den demokratischen Jugendverbänden sowie von den Lehrlingen selbst kontrolliert werden. Die Lehrlinge müssen einen prozentualen Anteil vom Lohn des Facharbeiters erhalten, und zwar im ersten Lehrjahr 60 %, im zweiten Lehrjahr 70 % und im dritten Lehrjahr 80 %.

Das sind die Forderungen, für die die Lehrlinge und jungen Arbeiter nicht nur am 1. Mai kämpfen.

Erich Schaffner

SPRICHWÖRTLICHES

von Peter Schütt

Lehrjahre sind keine Herrenjahre.
Auch die Lehrjahre der Arbeiterklasse sind noch nicht ihre Herrenjahre.
Die Arbeiterklasse macht gegenwärtig eine harte Schule durch.
Sie zahlt ein hohes Lehrgeld und hat über sich unnachsichtige Lehrherren, die zu allem bereit sind.
Aus ihrem geschickten Verhalten lassen sich täglich neue Lehren ziehen.
Nach unmenschlichen Vor- und Zwischenprüfungen, darunter zwei gegen sie geführte Weltkriege, bereitet sich die Arbeiterklasse in zähem Selbststudium auf ihre Reifeprüfung vor.
Sie wird in absehbarer Zeit überall auf der Welt ihr Klassenziel erreicht haben.
Die Herrenjahre der Arbeiterklasse sind nicht mehr aufzuhalten, in den Betrieben so wenig wie in der großen Politik.

KAMPF

für fortschrittliche Betriebsverfassung geht weiter!

Die Bundesregierung hat nach 18 Jahren Kampf des DGB und seiner Gewerkschaften gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz (Betr.VG) vom 11. Oktober 1952 nunmehr am 3. Dezember 1970 den Entwurf eines neuen Betr.VG vorgelegt; es ist nicht das, was die Gewerkschaften gefordert, wofür sie fast zwei Jahrzehnte gekämpft haben. Nach diesem Gesetzentwurf soll das Betr.VG bleiben, was es jetzt ist: eine Fessel für die Gewerkschaften, ein Instrument der Unternehmer gegen Organisation und Aktivität der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben.

So erklärte der DGB-Bundesausschuß unmittelbar vor Verabschiedung des Kabinettsentwurfs, die beabsichtigten Unzulänglichkeiten und Verschlechterungen würden „auf den erbitterten Widerstand des DGB und seiner Gewerkschaften stoßen“. Auch der Beirat der IG Metall kritisierte, ebenso wie die Führungsorgane anderer DGB-Gewerkschaften, daß der SPD/FDP-Entwurf in wesentlichen Bereichen „hinter den gewerkschaftlichen Vorstellungen zurück“ bleibe.

Antigewerkschaftliche Tendenz

Die antigewerkschaftliche Tendenz ist unverkennbar. Die Gewerkschaften sollen noch weiter aus den Betrieben herausgedrängt werden, weil die Unternehmer die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft, Betriebsrat und Arbeitern und Angestellten fürchten. Darum sollen Gewerkschaftsvertreter kein eigenes Zugangsrecht zum Betrieb haben, und der Gesetzgeber will dieses Recht zu einer Ermessensfrage der Unternehmer machen (§§ 2 und 31) bzw. dem Betriebsrat, unabhängig vom gewerkschaftlichen Organisationsstand des Betriebes, die Initiative zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften überlassen.

Ebenfalls unter das Niveau der geltenden Regelung würde die Bestimmung des § 74 führen, wonach alle politischen und sonstigen Betätigungen zu unterlassen sind, „durch die der Arbeitsablauf oder

der Friede des Betriebes beeinträchtigt werden“. Das geltende Gesetz (§ 51) untersagt dagegen nur „parteilpolitische“ Betätigung.

Vielmehr verlangt der neue Entwurf, wie auch das geltende Gesetz, „vertrauensvolle“ Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Unternehmer (§ 2). Bei der klassenbedingten gegensätzlichen Interessenlage von Arbeiterschaft und Unternehmern, kann es jedoch eine konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen durch den Betriebsrat bei gleichzeitiger „vertrauensvoller“ Zusammenarbeit mit dem Unternehmer nicht geben. Das eine schließt das andere aus.

Eine Mauer des Schweigens

Der Regierungsentwurf will weiterhin die Mitglieder des Betriebsrates, der Jugendvertretung, des Wirtschaftsausschusses und der Einigungsstelle unter Schweigepflicht stellen (§ 79 und andere). Auf diese Weise würde die Knebelung der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Betrieb nahezu vollkommen sein.

Wo Solidarität geboten ist, beabsichtigt der Bonner Entwurf die stärkere Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten und die Erweiterung von Gruppenrechten (§§ 10, 14 und andere). Die Ausdehnung des Begriffs „leitender Angestellter“ auf einen unvertretbar großen Personenkreis (§ 5) dient ebenfalls der Schwächung der Solidarität und soll den Anschein erwecken, als sei die Vertretung der Interessen dieser Beschäftigtengruppe auch ohne Betriebsrat und Gewerkschaft möglich. Das SPD/FDP-Papier läßt die DGB-Forderung unberücksichtigt, in ein neues Betr.VG eine Öffnungsklausel aufzunehmen, die ausdrücklich die Vereinbarung zusätzlicher Mitbestimmungsrechte über Tarifverträge vorsieht. Vielmehr sollen die in § 3 vorgesehenen tarifvertraglichen Regelungen der staatlichen Genehmigungspflicht unterworfen werden, was eine gefährliche Schmälerung der Tarifautonomie bedeutet.

Der Regierungsentwurf gewährt den Betriebsräten in so wichtigen Angelegenheiten wie die Entwicklung des Betriebes, Festsetzung der Produktion, der Produktionsverfahren, der Investitionen, der gesamten Geschäftsführung und Beschäftigungspolitik usw. kein Mitbestimmungsrecht, bestenfalls sind Informationsrechte vorgesehen.

Einfluß der Kapitalinteressen

Der Regierungsentwurf des Betr.VG offenbart zwei wesentliche Dinge: einmal das Ausmaß der reaktionären Einflüsse der Konzerne und Unternehmerverbände auf diese Regierung und damit die Bestätigung, daß im Herbst 1969 in der Bundesrepublik zwar ein Regierungs-, aber kein Machtwechsel stattgefunden hat, zum anderen kommt in dem Entwurf aber auch der Einfluß solcher sozialdemokratischer Politiker wie Schiller, Schmidt oder Leber zum Ausdruck, deren offene oder verdeckte Gegnerschaft zu einer wirksamen Mitbestimmung der Arbeiterschaft eine Tatsache ist.

Die sozialdemokratischen Politiker in Bonn sollten sich darum nicht hinter der FDP verstecken. Es ist nicht sichtbar geworden, ob die SPD-Parteiführung jemals versucht hat, sich in der Frage der Betriebsverfassung gegenüber der FDP durchzusetzen.

Die sozialdemokratischen Minister sind, wie in der ganzen Wirtschaftspolitik, auch bei der Neufassung des Betr.VG den Interessen des Großkapitals gefolgt. Das ist eine, für die Arbeiterschaft schädliche Politik.

Falsche Gesamtkonzeption

Die den gewerkschaftlichen Forderungen zuwiderlaufenden Bestimmungen des Regierungsentwurfs haben vielmehr, ebenso wie die Inkonsequenzen und falschen Handlungen im innen- und außenpolitischen Bereich, ihre gemeinsame Ursache in der gesellschaftlichen Gesamtkonzeption der Mehrheit der SPD-Parteiführung selbst.

In dem Bestreben, das spätkapitalistische Profitssystem der Bundesrepublik — fälschlich als „soziale Marktwirtschaft“ apostrophiert — zu erhalten und, wenn möglich, funktionsfähiger zu machen, denkt sie nicht daran, Reformen einzuleiten, die den Bestand dieses Systems von irgendeiner Flanke her in Frage stellen und Ansatzpunkte für weitergehende Reformen bieten könnten.

Der unzureichende Betr.VG-Entwurf der Regierung wurde der Öffentlichkeit und den Gewerkschaften zu einer Zeit präsentiert, da besonders in der CDU/CSU und den Unternehmerverbänden eine aggressive Mitbestimmungsfeindlichkeit die Diskussion beherrschte, die dann in der Ablehnung der paritätischen Mitbestimmung durch den CDU-Programmparteitag am 26. Januar 1971 eine Krönung fand.

Auf die Arbeiterschaft stützen

Statt sich auf die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften zu stützen und die reaktionären Kräfte durch eine konsequente Politik in die Schranken zu weisen, weicht die Regierung vor den Attacken von rechts zurück. Sie verursacht damit selbst eine Lage, in der es ihr immer schwerer wird, das politisch und gesellschaftlich Notwendige zu tun. Darum ist es Aufgabe und Verpflichtung der Gewerkschaften, entsprechend ihren Satzungen und dem Grundsatzprogramm des DGB, unabhängig von Parteien und Regierung, alle ihre Kräfte zu mobilisieren, um mitzuhelfen, der lohn- und gehaltsabhängigen Klasse das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht in Wirtschaft und Gesellschaft zu erkämpfen.

Im Grundsatzprogramm des DGB wird hervorgehoben, daß die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften in der Demokratie ihre eigene Lebensgrundlage verteidigen. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Kampfes um den sozialen und demokratischen Rechtsstaat ist der Kampf um Mitbestimmung. Es ist einfach nicht möglich, in einer Gesellschaft demokratische Verhältnisse herzustellen und dabei den wirtschaftlichen Bereich auszuklammern.

Ziel der Mitbestimmung

Das Ziel der Mitbestimmung besteht darin, den Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erhöhen und, wie es das DGB-Grundsatzprogramm fordert, eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten.

Daraus folgt, daß die Arbeitnehmer Einfluß nehmen müssen auf alle Faktoren, die die Entwicklung des Betriebes, des Unternehmens und der Wirtschaft beeinflussen, vor allem aber auf die Investitionstätigkeit, die Fabrikations- und Arbeitsmethoden, das Produktionsprogramm, die Wirtschaftslage des Unternehmens, die Produktions- und Absatzlage sowie alle sonstigen Vorgänge, welche die Interessen aller Schichten der Arbeiterschaft berühren. Die Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Wissenschaftler müssen in allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Fragen mitbestimmen. Einen anderen Inhalt kann eine wirksame Mitbestimmung nicht haben. Die Gewerkschaften müssen sich allen Versuchen widersetzen, die Mitbestimmung zur demokratischen Bemäntelung von Entscheidungen im Interesse des Großkapitals umzufunktionieren. Notwendigerweise schließt also Mitbestimmung sozialpartnerschaftliches Verhalten aus. Sie kann nicht „gemeinsam“ mit dem Kapital, sondern nur gegen das Kapital durchgesetzt und praktiziert werden.

1. Mai

*besucht die
Kundgebung
im Bürgerhaus!*

Es ist mit Unkosten verbunden,
eine solche Zeitung herauszubringen.
Sie können über den
Herausgeber, die Verteiler

oder jedes Ihnen bekannte
Mitglied der DKP einen
finanziellen Beitrag
dazu leisten.

Kennen Sie schon die



UZ Landesbüro Hessen
6 Frankfurt/Main 1
Cronstettenstraße
Telefon (06 11) 59 00 48

*← Probeexemplar
bestellen!*

Liebe Leser,
der „blickpunkt“ hat mittlerweile viele Freunde in Mörfelden gefunden. Aus der
Bevölkerung kommen viele Anregungen. Das freut uns sehr. Sollten Sie ein Problem
haben, dann schreiben Sie uns. Oder Sie rufen uns einfach an.

Heinz Hechler
Ellenbogenstraße 8
Telefon 3335

Sofie Haag
Forsthausstraße 45
Telefon 3322

Rudolf Dötsch
Schumannstraße 5
Telefon 3166